

Prämien für Mehrablieferung!

Von Direktor Eisinger (Wiesbaden).

Die große Bedeutung einer richtigen Organisation der Erfassung und Verteilung unserer wichtigsten Nahrungsmittel rechtfertigt es, auch Anregungen zur Diskussion zu stellen, gegen die von vornherein der eine oder andere triftige Einwand sich erheben läßt. Das gilt auch für die nachstehenden Ausführungen einer Persönlichkeit, die in ihrer beruflichen Stellung in der Wiesbadener Landwirtschaftskammer enge Beziehungen zu den Kreisen der Landwirtschaft unterhält und daher wohl berechtigt ist, in diesen Fragen eine Meinung zu vertreten. D. Red.

Dr. G. Rawitscher steht mit seinem in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Vorschlag zur Ernährungspolitik nicht allein. Bieweil uns Rußland, die Ukraine und Rumänien in diesem und im nächsten Jahre spürbare Zuschüsse liefern können, ist fraglich; es wäre daher nicht ratsam, das Ernährungssystem auf diese Zuschüsse aufzubauen. Die Erträge in der Landwirtschaft aber müssen infolge des Mangels an Gespannen, Arbeitskräften, vielfach nur notdürftiger Ackerbearbeitung und Pflege der Kulturpflanzen sowie infolge Mangels an natürlichem Dünger, namentlich an Stickstoffdünger, mit der längeren Kriegsdauer zurückgehen. Wenn auch in diesem Jahre die Aussichten der Winterfruchtenernte recht günstig sind, so darf doch nicht von dem üppigen Stand der Saaten nicht ohne weiteres auf eine reiche Körnerernte geschlossen werden, zumal angesichts des Mangels an geeignetem Dünger. Das macht sich namentlich in den Großbäuerlichen und Großbetrieben bemerkbar, die bei verhältnismäßig geringem Viehbestand schon vor dem Kriege in stärkerem Maße auf die Verwendung von Kunstdünger angewiesen waren, und muß um so bedeutlicher ins Gewicht fallen, je mehr diese Großbetriebe für die Getreideversorgung neben anderen mittelbäuerlichen und bäuerlichen Betrieben ins Gewicht fallen. Daneben bleibt zu beachten, daß die Kartoffelernte nicht mit Sicherheit ebenso gut ausfallen muß wie im letzten Jahre, da erfahrungsgemäß zwei ausgezeichnete Kartoffeljahre nicht unmittelbar aufeinanderzufolgen pflegen. Es ist wichtig, sich das vor Augen zu halten.

Ein anderes kommt hinzu. Der fortgesetzte Eingriff in unsere Viehbestände, der für die Versorgung des Heeres nicht zu umgehen ist, muß nicht nur zu einer weiteren Einschränkung des Fleischgenusses führen, er vermindert auch die Erzeugung von Fett und Milch. Diese Tatsache kann aber nicht beunruhigen, wenn die Gewißheit besteht, daß unser Bedarf an den Stoffen, die die Grundlage unserer Ernährung bilden: an Getreid und Kartoffeln, gesichert erscheint und deren reifliche Erfassung gewährleistet ist. Die Ausführungen Batodis in der „Frankfurter Zeitung“ vom 31. Mai sind hierfür grundlegend. Unser Mindestbestand kann im Interesse der Sicherung unserer Ernährungsgrundlagen — er wird sich bei wiederkehrenden günstigen Verhältnissen bald wieder erhöhen — ohne Bedenken knapp gehalten werden. Das gilt in noch erhöhtem Maße von der Schweine- und von der Hühnerhaltung. Die Erfassung des Schlachtviehs und die eingeschlagene Preispolitik hat sich im großen ganzen bewährt.

Bei der Erzeugung und Erfassung des Getreides aber haben sich Mängel ergeben, die katastrophal werden können, wenn sie nicht rechtzeitig beseitigt werden. Das bisherige System belohnt den Bösen und bestraft den Guten. Es vermindert die Erzeugungsfreudigkeit und führt zur Verbitterung und zur Gleichgültigkeit gegenüber den staatlichen Verordnungen. Auch weiterhin muß der letzte Zentner Getreide herausgeholt werden, aber nicht mit Polizeigewalt, sondern unter Anwendung wirtschaftlicher Gesetze, die ohne diesen Zwang zu dem gewollten Erfolg führen. Bisher war es so, daß der tüchtige Landwirt, der seine zehn Zentner auf den Morgen erzeugte und ablieferte, gegenüber dem weniger tüchtigen, der nur sechs oder sieben Zentner auf den Morgen erntete und obendrein davon nur einen Teil ablieferte, während er den Rest auf dem Schleichhandelswege teurer absetzte, wirtschaftlich ins Hintertreffen kam. Je mehr der Schleichhandel zur Blüte gelangen konnte, um so verächtlicher wurden die guten Elemente, um so größere Einbuße an ihrer Berufsfreudigkeit mit allen schlimmen Folgen, die sich daraus ergeben müssen.

Allen diesen Uebelständen könnte man durch die Maßnahme begegnen, die schon Dr. Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften“ und neuerdings u. a. Dr. Rawitscher vorgeschlagen haben. Folgende Maßnahmen dürften sich empfehlen: die auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre durch die Vorschätzung zu ermittelnde Erntemenge wird auf die Bundesstaaten, die Kreise und die einzelnen Gemeinden umgelegt. Die einzelnen Gemeinden wiederum legen durch ihre Wirtschaftsausschüsse oder durch besonders zu diesem Zwecke gebildete Kommissionen die von jeder Wirtschaft aufzubringende Mindestmenge auf die einzelnen Betriebe um. Der tüchtige Landwirt, der früher zehn Zentner abgeliefert hat, liefert diese Menge auch weiterhin. Dem Landwirt, der weniger rationell gewirtschaftet hat, oder der Landwirtin, die infolge der Boden- und Wirtschaftsverhältnisse nur eine geringere Menge vom Morgen abliefern kann, wird die Aufbringung einer geringeren Menge, etwa fünf bis sechs Zentner pro Morgen abverlangt werden. Das Bestreben bei dieser Umlage müßte dahin gehen, den säumigen Landwirten eine Auflage zu machen, die nahe an die Grenze dessen geht, was sie leisten können, den Tüchtigen dagegen, der bisher schon seine Schuldigkeit getan hat, nicht überlastet anzuspinnen. Was der Landwirt hierüber hinaus verfügbar hat, muß gleichfalls abgeliefert werden; er erhält dafür aber einen wesentlich höheren Preis, so hoch, daß er einen starken Produktionsanreiz bietet, ohne gerade die phantastische Höhe der Schleichhandelspreise zu erreichen. Mit den zuerst abgelieferten Pflichtmengen wird die Allgemeinheit zu normalen Preisen versorgt. Auch die mit dem höheren Preise bezahlten Mengen müssen der Gesamtversorgung nutzbar gemacht werden durch Aufbesserung der Grundration und noch bessere Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter.

Der Verkauf von Erzeugnissen auf einem anderen als dem hier genannten Wege ist unter schwere Strafe zu stellen. Der Schleichhandel würde sich leicht unterdrücken lassen, da die Kriegsindustrie von Staatswegen ausreichend versorgt wird. Uebrig blieben nur noch die ganz reichen Privatleute, die auch wohl weiterhin versuchen würden, durch Zahlung noch höherer Preise sich Zufuhren zu verschaffen. Ihre Zahl würde aber verhältnismäßig gering sein. Der Verkäufer solcher Schleichhandelsware müßte mit Fug und Recht schwer bestraft werden, ebenso der Käufer. Einige abschreckende Bestrafungen würden ausreichen, diesen Schleichhandel auf ein volkswirtschaftlich bedeutungsloses Minimum herabzudrücken.

Die Landwirte selbst würden bei einer derartigen Regelung aufatmen, ihre Erzeugungsfreudigkeit würde neu erwachen. Sie würden die Pflichtmenge gerne aufbringen und bemüht bleiben, möglichst viel darüber hinaus zu erzeugen, ja auch von den ihnen selbst zustehenden Lebensmitteln noch etwas abzugeben, jedenfalls aber nicht das geringste in der Wirtschaft umkommen zu lassen. Polizei, Gendarmerie und Militär brauchten die Höfe nicht mehr aufzusuchen, auch die sonstigen Maßnahmen könnten wohl eine Vereinfachung erfahren.

Die Durchführung der Umlage selbst gibt ebenfalls keinen Anlaß zu irgend welcher Besorgnis, da die Landwirte den Auflagen, die ihnen von ihren eigenen Ausschüssen auferlegt werden, viel leichter nachkommen, als wenn sie durch polizeiliche oder andere behördliche Organe veranlaßt sind. Auch die Belastung des einzelnen würde auf die vorgeschlagene Weise gerechter werden, als sie es im anderen Falle jemals werden kann.